

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte zuallererst den vielen pflegenden Angehörigen danken, die unter wirklich schwierigen Bedingungen Tag und Nacht, häufig auch neben ihrem Beruf und der Verantwortung für die eigene Familie, für ihre pflegebedürftigen Angehörigen da sind.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU))

Zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden in der Häuslichkeit gepflegt. Das zeigt, wie die Wünsche der Pflegebedürftigen aussehen.

Ich möchte aber auch dem Personal in den ambulanten und stationären Einrichtungen danken. Sie verrichten ihre Arbeit sehr verantwortungsvoll. In vielen Fällen werden sie leider schlecht bezahlt, aber trotzdem arbeiten sie mit viel Engagement, Einfühlungsvermögen, Mitgefühl und Mitmenschlichkeit. Sie sind für die pflegebedürftigen Menschen da. Es gibt nicht sehr viele, die dazu bereit sind, eine solche nicht nur körperlich, sondern auch psychisch anstrengende Arbeit zu leisten. Dafür sollten wir an dieser Stelle noch einmal Danke schön sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die 13 Jahre Pflegeversicherung sind eine Erfolgsgeschichte. Ulla Schmidt hat zu Beginn ja schon einiges dazu gesagt. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass mehr als 2 Millionen Pflegebedürftige jeden Monat pünktlich ihre Leistungen erhalten und mittlerweile fast 800 000 Menschen in der Pflege arbeiten und eine bezahlte - wenn auch nicht immer gut bezahlte -

Beschäftigung in diesem Bereich haben. Ich glaube, dass wir darauf in Zukunft ein weiteres Augenmerk richten sollten.

Wir werden mit dieser Pflegereform die **häusliche Pflege** mit besseren Leistungen und besseren Möglichkeiten zur Entlastung der pflegenden Angehörigen stärken. Der besondere Betreuungsbedarf für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz wird durch zusätzliche Leistungen anerkannt.

Bei der Rede von Frau Widmann-Mauz ist mir sofort die Eingangsbemerkung von Ulla Schmidt eingefallen: Was war zuerst da, die Henne oder das Ei? Wer wollte etwas haben, und wer wollte das nicht? - Zum Schluss ist es dann ja oft so, dass diejenigen, die etwas zuerst nicht haben wollten, in erster Reihe stehen, wenn es darum geht, das Lob dafür einzuheimen. Frau Reimann wird nachher noch näher darauf eingehen.

(Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU): Gucken wir doch mal in den Entwurf und schauen dann, was am Schluss beschlossen wurde!)

Wir stärken das Prinzip Reha vor Pflege. Wir verbessern die Schnittstellen zwischen Krankenhäusern, Rehaeinrichtungen und der Pflege. Wir führen eine Pflegezeit ein, die für nahe Angehörige bis zu sechs Monate betragen kann. Frau Scharfenberg, Sie hätten in Ihrem Redebeitrag fairerweise hinzufügen können, dass der Begriff der nahen Angehörigen hier nicht ausschließlich Ehepartner und direkte Verwandte umfasst, sondern dass der Begriff schon zeitgemäß gefasst ist. Ich muss sagen: Die Voraussetzungen für die Pflegezeit sind keine anderen als beispielsweise die bei der Elternzeit. Hier hat Ihre Fraktion zugestimmt.

Man kann darüber diskutieren, ob die **Pflege von Angehörigen** möglicherweise eher wieder die Frauen trifft. Die Diskussion, die wir heute

aufgrund der aktuellen Lage führen, sieht nun einmal so aus, dass insbesondere die Töchter oder Schwiegertöchter vor der Frage stehen: Muss ich meinen Angehörigen in eine stationäre Einrichtung geben, oder höre ich mit meinem Job komplett auf, um die häusliche Pflege zu ermöglichen? Wir haben eine Pflegezeit mit voller sozialer Absicherung und mit der Garantie, in den alten Beruf zurückzukehren, beschlossen. Ich glaube, das sollte man anerkennen. Das ist sicherlich nicht das Optimum, aber eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gewünscht, dass die Union unserem Vorschlag, den wir auch im Gesetzgebungsverfahren eingebracht haben, zugestimmt hätte, eine kurzfristige **bezahlte Freistellung** einzuführen, damit eben die Angehörigen dann, wenn ein Pflegefall zu erwarten ist, die Zeit haben, um die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Wir alle wissen, dass in dieser Situation viele Angehörige das Gefühl haben, es werde nichts mehr so sein, wie es war. Sie wissen eben nicht, wo sie die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit sie ihren Angehörigen die Pflege zukommen lassen können, die sie sich selber wünschen.

Hier werden wir nicht nachlassen. Wir werden diesen Punkt 2009 noch einmal aufgreifen. Es ist zwar jetzt eine Chance vertan worden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen um die Sorgen und Ängste der Menschen in einer solch schwierigen Situation. Ich weiß, dass dieser Vorschlag in der Bevölkerung große Unterstützung erfährt.

Uns ist es nicht gelungen, für das Problem der dauerhaften Finanzierung eine Lösung zu finden. Das spiegelt im Prinzip die Diskussion wider, die wir auch bei der Gesundheitsreform geführt haben. Wir stehen nach wie vor für eine „**Bürgerversicherung Pflege**“, weil wir der Auffassung sind, dass nur so eine tragfähige und solidarische Finanzierung dauerhaft gesichert sein kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN
und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bedauere es sehr, dass die Union von der Zusage, die sie im Koalitionsvertrag gegeben hat, leider wieder abgerückt ist.

(Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU): Prüfauftrag, Frau
Kollegin!)

- Nein, im Koalitionsvertrag steht nichts von einem Prüfauftrag. Frau Widmann-Mauz, manchmal hilft es, zu lesen.

(Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU): Zu prüfen!)

- Im Koalitionsvertrag steht, dass ein Risikoausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung erfolgen soll.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie jetzt nicht mehr gewollt. Wir können das nicht erzwingen. Aber man darf zumindest daran erinnern, was Sie vor Regierungsbeginn zugesagt haben und was Sie in der Regierungszeit in der Koalition bereit sind, umzusetzen.

(Frank Spieth (DIE LINKE): Allianz & Co. lassen grüßen!)

Mit dieser Reform konnten wir das Problem der ungerechten **Verteilung** der Risiken nicht lösen. Die soziale Pflegeversicherung muss pro

100 Versicherte Leistungen für 2,8 Pflegebedürftige finanzieren, während die private Pflegeversicherung Leistungen für nur 1,3 Pflegebedürftige bereitstellen muss. Daran sieht man, dass die Risiken unterschiedlich verteilt sind. Da es sich hier um einen Versicherungszweig handelt, der die absolut identischen Leistungen finanziert, macht es keinen Sinn, die Risiken so unterschiedlich zu verteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU): Verfassungsgemäß sollte es schon sein!)

Ein weiterer Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Verbesserung der **Pflegequalität**. Auch da, Frau Widmann-Mauz, sollte man deutlich machen, dass dies eine gemeinsame Aktion war. Sie haben den Vorschlag eingebracht, aber auch wir haben diesen Vorschlag gemacht. Beide Vorschläge haben sich getroffen. Ich bin froh darüber, dass ab 2011 in den Pflegeeinrichtungen jährlich und grundsätzlich unangemeldet Regelprüfungen stattfinden.

(Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU): So ist es!)

Da, wo der Medizinische Dienst Mängel erkennt, wird nicht wie heute ein Prüfbericht vorgelegt, den keiner versteht, sondern dieser Bericht muss transparent sein und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sowie in verständlicher Form abgefasst sein. Vor allen Dingen ist neu, dass der Medizinische Dienst den Einrichtungen Empfehlungen geben wird, wie das, was falsch gelaufen ist, verbessert werden kann, damit bei der nächsten Prüfung die Qualität wieder in Ordnung ist.

Es gehören aber auch die Weiterentwicklung der Expertenstandards und eine gerechte **Bezahlung** des Personals dazu. Ich bin sehr froh, dass bereits

im Regierungsentwurf als Voraussetzung dafür, dass zwischen Kassen und Einrichtungen überhaupt Verträge geschlossen werden können, die ortsübliche Bezahlung vorgesehen war.

Eben ist gesagt worden, **Pflegestützpunkte** brächten nichts. Herr Seifert, Frau Scharfenberg, man kann ja darüber streiten, wie diese nachher ausgestaltet werden sollen. Aber eines ist doch klar: Wenn ich in einer extrem schwierigen Situation, in der teilweise sehr schnell entschieden werden muss, nicht den völligen Überblick darüber habe, welche Hilfsangebote es gibt und wie ich die Häuslichkeit erhalten kann - auch wenn die Wohnung im Moment vielleicht noch nicht so umgebaut ist, wie es sein müsste -, dann brauche ich eine umfassende und unabhängige Beratung.

Jetzt kann man darüber streiten, wer unabhängig ist. Wirklich unabhängig sind auch die Kommunen nicht; denn spätestens dann, wenn SGB-XII-Leistungen gewährt werden sollen, können auch die Kommunen nicht mehr ganz unabhängig sein. Aber da wir in Zukunft alle Akteure, alle Leistungsträger unter einem Dach haben - sie erstellen dann gemeinsam einen Hilfeplan und schauen nach einem vernünftigen Ausgleich; es geht um maßgeschneiderte Hilfepläne für die Betroffenen -, wird meiner Meinung nach die Pflege besser organisiert und mehr an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen - auch an dem Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe - orientiert sein, als das heute der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Pflegereform ein großer Erfolg für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ist. Wir lassen uns das nicht kleinreden, auch wenn man sich an der einen oder anderen Stelle vielleicht noch mehr Leistungen vorstellen kann. Ich würde mir wünschen, dass

auch die Dinge, die vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft jenseits der Pflegeversicherung notwendig sind, auf der kommunalen Ebene und der Landesebene befördert werden: dass **Wohnumfelder** geschaffen werden, die es ermöglichen, dass die Häuslichkeit weiterhin bestehen bleibt, dass eine soziale Infrastruktur geschaffen wird, die die Menschen darin unterstützt, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben zu können und gleichzeitig gesellschaftlich teilhaben zu können, dass sie im Alter menschenwürdig und liebevoll gepflegt werden und dass auch ein Sterben in Würde möglich ist. In diesem Sinne wird die Pflegereform ein großer Erfolg sein.

Auch ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums und der Fraktionen bedanken, die uns darin unterstützt haben, diese Reform auf den Weg zu bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)